PB.I-01-600

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	BAG Frieden und Internationales
Beschlussdatum:	18.04.2021

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 600 bis 601 einfügen:
Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. **Um die wachsenden militärischen Risiken in Europa zu reduzieren, ist eine Wiederbelebung der konventionellen Rüstungskontrolle unabdingbar. Erste Schritte sollen die Wiederaufnahme des Sicherheitsdialogs und militärischer Kontakte zwischen NATO und Russland sowie deeskalierende Maßnahmen in Konfliktzonen sein. Auch über Europa hinaus ist es unser Anspruch, alle Länder einzubeziehen, insbesondere auch die neue Supermacht China. Wir setzen uns für eine Stärkung der globalen Abrüstungs- und Kontrollarchitektur ein und werden Rahmenbedingungen schaffen, dass wissenschaftliche Expertise auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle ausgebaut und der internationale Wissensaustausch gefördert werden.** Unser Anspruch ist noch immer nichts Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt. Nach der Aufkündigung des

Begründung

Über den plakativen Einstiegssatz hinaus verzichtet der Entwurf des Wahlprogramms an dieser Stelle auf jede Aussage zur konventionellen Rüstungskontrolle, gar Abrüstung in Europa. Angesichts der Tatsache, dass sich Europa in der schwersten Sicherheitskrise seit Ende des Kalten Krieges befindet, bisherige vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen der OSZE unzureichend sind und im Ostsee- wie Schwarzmeerraum militärische "Begegnungen" mit Eskalationspotential zunehmen, sind Vorschläge zur Wiederbelebung der Rüstungskontrolle (darunter von "subregionalen Stabilitätsregimes") dringend erforderlich, so aussichtslos sie im Moment vielleicht auch erscheinen mögen.

Zugleich muss der Blick über Europa hinausgehen. Und da sind Ostasien, das Südchinesische Meer die Konfliktzone der Zukunft.

Schließlich: Wie bei der Betonung der zivilen Krisenprävention ist auch hier die Stärkung der entsprechenden Fachexpertise und Kapazitäten eine notwendige, oft aber übergangene Bedingung, um eine feforderte Politik überhaupt realisieren zu können.

Im Weiteren erfordert die Stärkung der regelbasierten, multilateralen Ordnung, dass für die Verifikation zuständige Einrichtungen/Organisationen über ausreichendes (Fach-) Personal verfügen. Ferner ist für die Beratung der politischen Ebene Sachverstand auf dem Gebiet der Abrüstung und Rüstungskontrolle notwendig, um entsprechende Regelungen bewerten und ggf. international durchsetzen zu können.

Die Vermittlung von abrüstungspolitischen Kenntnissen nicht nur im Bereich der Politikwissenschaft sondern auch bei den Naturwissenschaften ist daher wesentlicher Bestandteil einer Politik, die Abrüstung und Rüstungskontrolle weltweit neuen Schub geben will.